

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
159 · Ausgabe AG · Dezember 2015



EINE ERNSTE AUFGABE

Dass er sein neues Amt, das er zielgerichtet angestrebt hat, mit Statur und Geschick ausfüllen wird, bezweifelt eigentlich niemand. Wer zehn Jahre lang die Aargauer SP mit Erfolg geleitet hat, ist auf viele politische und menschliche Eventualitäten vorbereitet. Dieter Egli erwähnt in seinem nebenstehenden Brief die manchmal irritierende Freundlichkeit dieses Präsidenten in spe Marco Hardmeier. Ist sie Natur oder antrainiert? Das ist wohl weniger wichtig. Wichtig ist, dass man Vertrauen in seine unzweifelhaft staatsbürgerliche Verankerung, in seine Ethik und in seine Professionalität haben kann. Und das kann man bei Marco Hardmeier.

Das Logo auf seinem präsidialen Briefpapier zeigt, wie er den Aargau sieht: in vielen Farben, offen. So geht auch die Gästeliste für das traditionelle präsidiale Fest am 5. Januar 2016 über das (ungeschriebene) Protokoll hinaus. Wichtig sind Hardmeier die Arbeit Leistenden im und beim Kanton, Familie, Parteien und Freund_innen. Was ist für ihn das Besondere an diesem Jahr, in dem er ein grosses Programm vorhat? «Es bietet eine aussergewöhnliche Gelegenheit: an Orte zu gehen, die man sonst nie sehen, und viele Menschen zu treffen, die man sonst nie treffen würde.»

Dann also: Viel Glück und viele Farben!



Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.



Brief an Marco Hardmeier

Lieber Marco

Ich gratuliere dir jetzt schon zum Amt des Grossratspräsidenten. Sicher wirst du dazu mit einem Glanzresultat gewählt. Vor allem, weil du akzeptiert bist. Weil du nicht ein Blender bist, sondern einer, der dann redet, wenn er etwas zu sagen hat. Weil du zuhörst – und auch einmal etwas nicht sagst, das du gerne sagen würdest. Weil du die Leute ernst nimmst – so, wie sie sind.

Das ist deine grosse Stärke, dass du es mit allen kannst – im positivsten Sinne, nämlich ohne dich dafür zu verbiegen. Du wirst den Rat im Griff haben. Nicht durch viele Worte und lange Erklärungen – obwohl dir diese auch liegen, wie ich aus Erfahrung weiss – sondern durch deinen unaufgeregten, ruhigen und souveränen Auftritt. Dieser wiederum hat mit deinem Humor und deiner Freundlichkeit zu tun. Ersterer ist unter SP-Leuten legendär – und etwas gefürchtet, weil man ihn nicht immer ganz versteht. Noch gefürchteter ist aber das zweite. Wer dich kennt, weiss: Je freundlicher du im Ton bist, desto härter bist du in der Sache!

Du wirst Effizienz in die Debatten bringen, ohne den Ratsmitgliedern übers Maul zu fahren. Schliesslich hast du während zehn Jahren eine Partei effizient geführt, ohne die engagierte politische Debatte zu vernachlässigen. Du hast immer den richtigen Zeitpunkt gefunden, um notwendige Entwicklungen anzustossen – und dich dafür auch manchmal unbeliebt gemacht.

Sicher schöpfst du jetzt Verdacht. Denn als gewiefter Politiker weisst du: Wenn man in der eigenen Partei so viel Lob erhält, wird es kritisch. Deshalb Schluss damit, du übernimmst ein schweres Amt, und ich erwarte von dir auch etwas:

Es herrscht Goldgräberstimmung im Grossen Rat. Die bürgerliche Mehrheit setzt alles daran, ihren neoliberalen Traum von einem Discount-Staat durchzusetzen, bei dem der Profit alles und der Mensch nichts zählt – gestützt durch ein Klima der Angst, das die grösste Partei im Rat geschickt schürt: Angst vor dem Fremden, Angst vor der Zukunft, jeder gegen jeden halt. In diesem Klima werden Aussagen und Haltungen zur Tagesordnung, die vor zwanzig Jahren noch in die düstere Ecke der Geschichte verbannt worden wären. Ich erwarte von dir, dass du in dieser Stimmung den Respekt einforderst, ohne dabei den Respekt vor den wahren Ängsten in der Bevölkerung zu vergessen. Lieber Marco, ich freue mich, dass du etwas (rote und andere) Farbe in den Rat bringst. Und es wird mir eine Ehre sein, dir zuzuhören – wenn du nicht zu lange redest. In diesem Sinne: Viel Spass und viel Glück!

Dieter Egli, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.

KOMMENTAR

2015 –
ein bewegtes Jahr

2015 begann gut für die SP Aargau. Wir haben am 8. März die Abstimmung gegen den unsäglichen Sparwahn gewonnen und am 22. September über 3500 Menschen, die gegen die menschenunwürdige Asylpolitik demonstrierten, auf die Aarauer Strassen gebracht. Die kommunalpolitischen Tagungen und die thematischen Parteitage kommen gut an, bei der Telefon-Basiskampagne unterstützten uns viele Genossinnen und Genossen aus den rund 70 Sektionen. Und wir haben mit Pascale Bruderer Wyss den Ständeratsitz im ersten Wahlgang sichern können. Eigentlich war 2015 ein erfolgreiches Jahr – hätten wir nicht am 18. Oktober den dritten Nationalratsstz verloren und einen massiven Rechtsrutsch zur Kenntnis nehmen müssen. Der 18. Oktober hat die Dynamik der vorangegangenen Monate kurz zum Stillstand gebracht und ist uns wirklich eingefahren. Wir wussten, es wird schwer, der rechtsbürgerlichen Verbindung die Stirn zu bieten. Der wenn auch nur knappe Sitzverlust schmerzt. Mit dem Wahltag hat sich die politische Realität im Kanton Aargau für uns Linke verändert.

Uns braucht es jetzt mehr denn je: Wir verstummen nicht in unserem Einsatz für eine humane Asyl- und Migrationspolitik. Unseren Kampf gegen den finanziellen Kahlschlag führen wir klar weiter. Und gemeinsam mit euch mobilisieren wir viele Aargauerinnen und Aargauer, die am 23. Oktober 2016 bei den Grossratswahlen die Linke stärken wollen.

Wir gehen motiviert weiter und bedanken uns ganz herzlich für eure Unterstützung. Wir wünschen euch allen einen erholsamen Jahreswechsel ins bewegte 2016.

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Kanton Aargau

Wohnen ist mehr als

AN DER KOMMUNALPOLITISCHEN TAGUNG DER SP AARGAU VOM 31. OKTOBER 2016 ZUM THEMA: WO WOHNUNGEN RAR SIND UND DAS WOHNEN ZU TEUER WIRD, SIND WOHNBAUGENOSSEN

Gemeinnütziger Wohnbau (GWB) ist nicht gleichzusetzen mit dem sozialen Wohnbau. Wo der soziale Wohnbau staatlich subventionierten Wohnraum für Menschen zur Verfügung stellt, die am freien Wohnungsmarkt keine Chance haben, wird der GWB «von Bauträgern betrieben, die gemäss Gesetz oder Statuten das Prinzip der Kostenmiete der Wohnbauförderung anwenden und keinen oder einen nach oben begrenzten Zins für das Anteilkapital ausrichten. Diese Wohnungen sind damit dauerhaft der Spekulation entzogen und für den gemeinnützigen Wohnungsbau gesichert.»¹ Auch der meist genossenschaftlich organisierte GWB wird oft von der öffentlichen Hand gefördert, etwa mit günstigen Darlehen. Solche Wohnungen sind dem «freien» spekulativen Wohnungsmarkt entzogen, was den neoliberalen Think Tank Avenir Suisse schon zum Klagen verleitet, die Umverteilung verlaufe beim GWB nicht konsequent von oben nach unten, sondern innerhalb des (gehobenen) Mittelstands. An der kommunalpolitischen Tagung der SP Aargau wurde aber nicht diese wirtschaftsliberale Behauptung verhandelt. Die eingeladenen Profis stellten die in der Schweiz gängigen Modelle des gemeinnützigen Wohnbaus vor.

Wohnbaupolitik ist Wirtschafts- und Sozialpolitik

Nationalrätin Jacqueline Badran findet, «Immobilien- und Wohnpolitik zu verstehen, ist ein Muss für jeden Sozialdemokraten und jede Sozialdemokratin»². In ihrem Referat zeigte sie auf, warum das so ist: Wohnen ist ein existentielles Gut, und der Boden ist das einzige Gut, das sich nicht vermehren lässt. Werden Wohnbau und Vermietung von Wohnraum dem freien Markt überlassen,

wird der Wohnraum dort, wo er besonders gefragt ist, immer teurer und für viele nicht mehr bezahlbar. Um hier die Verdrängung von Familien oder weniger reichen Personen aus den Städten zu stoppen und um den sozialen Ausgleich zu begünstigen, braucht es eine aktive kommunale Wohnbaupolitik, die zum Beispiel Wohnbaugenossenschaften fördert. Davon profitieren auch die Gemeinden: Mit der Anzahl Wohnbaugenossenschaften steigt der Steuerertrag, und das Gemeindefleben wird lebendiger. So vergibt die bürgerlich regierte Goldküstengemeinde Küsnacht Land nur noch an Wohnbaugenossenschaften, auch, um nicht zur Schlafgemeinde zu verkommen.

Die Immobilienpreise haben sich mittlerweile von der Konjunktur entkoppelt. „Sie bestimmen die Zusammensetzung des gewerblichen Angebots stark“, meinte Badran, und dies führe «zur «Starbuckisierung» unseres Gewerbes». Immobilien bestimmen die Wirtschaft auch im ländlichen Gebiet: So war die «Feldschlösschen-Schlacht» eigentlich eine Immobilienschlacht³ – gefährdet wurden aber Arbeitsplätze. Ein Skandal. Über die Zunahme von wohnkostenbedingten Ergänzungsleistungen an AHV-Renter_innen werden zudem auch die Sozialwerke belastet und die Unkosten der Bodenspekulation so sozialisiert. Die Stadt Zürich zahlt 300 Millionen jährlich für Wohnzuschüsse im Rahmen von AHV/IV-Zusatzleistungen und der Sozialhilfe, schweizweit sind es 2 Milliarden Franken. Dabei werden Immobilien schon über die Infrastruktur (Strassen, ÖV, Leitungen) massiv staatlich subventioniert. Und die Wohnungspreise werden nicht sinken, sondern verharren oder steigen, prognostiziert Badran. Die unerwünschten Folgen:



ein Dach über dem Kopf

THEMA «KOMMUNALER WOHNBAU» WURDEN MODELLE UND FAKTEN ZUM GEMEINNÜTZIGEN WOHNBAU VORGESTELLT. SCHAFTEN DAS MITTEL DER WAHL.

Der Binnenmarkt stagniert, die Mieten sind das Armutsrisiko Nummer 1, der Mittelstand wird an die Peripherie verdrängt, die Quartiere entmischt, es gibt längere Arbeitswege und weniger Zeit für die Familie, der Zwang zu Doppelseinkommen wird zementiert. Das Mittel dagegen? Der nicht renditeorientierte Wohnungsmarkt und der Zukauf und das Halten von Gemeindeland («Gemeindeland verkaufen ist Veruntreuung von Volksvermögen.»). Eine Pflicht für die Politik der SP.

Beratungsbroschüre des Bundes

Das Bundesamt für Wohnungswesen hat 2013 einen Leitfaden zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für Gemeinden herausgegeben⁴. Die Leiterin Bereich Grundlagen und Information des Bundesamtes für Wohnungswesen Doris Sfar bezog sich in ihren praktischen Anleitungen auf diese Publikation und ergänzte sie um statistische Grundlagen zum Wohnungsmarkt. Der «Baukasten» und die Grundlagen des Referats bieten eine gute Einstiegshilfe für Kommunalpolitiker_innen, die sich für preisgünstigen Wohnraum für sozial durchmischte Gemeinden einsetzen wollen.

Das Beispiel der Stadt Zürich

52 000 Wohnungen, gut ein Viertel aller Mietwohnungen in Zürich, werden gemeinnützig angeboten, von Genossenschaften, Vereinen, Stiftungen, der Stadt und städtischen Stiftungen. Thomas Schlepfer, Departementssekretär des Zürcher Finanzdepartements, zeigte in seinem Referat die Bedingungen, Strukturen und Kennzahlen des gemeinnützigen Wohnbaus in Zürich. Dieser hat in der Limmatstadt eine lange Tradition. Unter dem sozialdemokratischen Stadtpräsi-

denten Emil Klöti wurden 1924 dem Gemeinderat die «Grundsätze 24» unterbreitet und am 9. Juli 1924 von diesem beschlossen. Der gemeinnützige Wohnbau sollte mit verschiedenen Massnahmen gefördert werden.

Trotz diesen Grundsätzen ist die Zürcher Wohnungsnot legendär. Es braucht nicht nur das Angebot an bestehendem gemeinnützigem Wohnraum, sondern auch neue Überbauungen mit preisgünstigen Wohnungen. Seit 2010 wurden denn auch in Zürich acht Initiativen und Finanzierungsvorlagen für städtische Wohnsiedlungen vom Stimmvolk mit Ja-Stimmen-Anteilen von zwischen 81 und 66 Prozent gutgeheissen. Neu werden auch Anteile günstiger Wohnungen in Nutzungsplänen festgehalten oder ökologische Mehrkosten in Rahmenkrediten einbezogen.

Wie gründe ich eine Wohnbaugenossenschaft?

Adrian Rehmann, Präsident Wohnbaugenossenschaften Aargau (siehe auch Anmerkung 2), zeigte den Weg von den industriellen Kosthäusern aus dem 19. Jahrhundert, die den Arbeiterfamilien von den Patrons zur Verfügung gestellt wurden, bis zu den heutigen Wohnbaugenossenschaften. Die heutigen Angebote müssen die neuen Gewohnheiten berücksichtigen: steigende Bevölkerungszahlen, steigender Wohnflächenverbrauch, in den Städten 44 Prozent der Arbeitsplätze, aber nur 36 Prozent aller Wohnräume und dadurch viele Pendler. Der gemeinnützige Wohnbau mit Genossenschaftswohnungen ist da ein bewährter Ansatz. Rehmann zeigte die Vorteile der Genossenschaften auf, deren faktische, politische, ethische und ökologische Werte, gab Anleitungen für die Grün-

dung einer Wohnbaugenossenschaft und zeigte Beispiele von solchen Überbauungen im Aargau.

Im Grossen Rat tut sich was

Jedoch: «Der Anteil an Genossenschaftswohnungen kann nur mit der öffentlichen Hand florieren.» Das heisst, es braucht auch den politischen Willen dazu. Der muss im Aargau noch gewonnen werden. Am 20. Oktober hat Florian Vock im Grossen Rat eine Interpellation zum gemeinnützigem Wohnraum im Aargau eingereicht: Ist der Wohnraum für untere und mittlere Einkommen finanzierbar oder problematisch zu zahlen? Handlungsbedarf? Gemeinnützigem Wohnraum? Was hat die Regierung dafür getan, was will sie in Zukunft dafür tun? Die Antwort steht noch aus. Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

Die Texte der Referate finden sich hier:
www.sp-aargau.ch/kommtag/151031_Vortrag1_Jacqueline_Badran.pdf
www.sp-aargau.ch/kommtag/151031_Vortrag2_Doris_Sfar.pdf.pdf
www.sp-aargau.ch/kommtag/151031_Vortrag3_Thomas_Schlepfer.pdf
www.sp-aargau.ch/kommtag/151031_Vortrag4_Adrian_Rehmann.pdf
 Wohnbauinitiative von SP, Grünen und Gewerkschaften: smv_a4_d_sp.pdf

¹ Stadt Zürich: Glossar gemeinnütziger Wohnungsbaus.

² links.ag_157-2015.pdf, S. 15

³ «Die Unternehmen unter dem Dach der Feldschlösschen-Hürlimann Holding wurden im Jahr 2000 in eine Immobilienfirma ... und die Getränkefirma Feldschlösschen Getränke AG aufgeteilt, die von der dänischen Carlsberg A/S übernommen wurde. Die FHH, die nur noch den Immobilienbereich umfasste, wurde im Laufe der Zeit in REG Real Estate Group umbenannt und schliesslich im Mai 2004 mit der PSP Swiss Property als PSP zur grössten Schweizer Immobilienfirma fusioniert.» (Wikipedia)

⁴ Bundesamt für Wohnungswesen BWO, Storchengasse 6, 2540 Grenchen: Preisgünstiger Wohnraum. Ein Baukasten für Städte und Gemeinden. November 2013



Aargauer Primarlehrerinnen und -lehrer erfolgreich

IN EINEM WEGWEISENDEN URTEIL HAT DAS BUNDESGERICHT DEN PRIMARLEHRER_INNENBERUF ALS FRAUENBERUF QUALIFIZIERT. DAS ERÖFFNET DIE DISKUSSION ZUM THEMA DER LOHN(UN)GLEICHHEIT NEU UND LÄSST AUF FAIRE LÖHNE HOFFEN.

Aargauer Primarlehrerinnen und Primarlehrer haben in den letzten Jahren möglicherweise weniger verdient als andere Kantonsangestellte. Zu Recht haben sich die Lehrpersonen deshalb gewehrt: Über 90 Klagen von Lehrpersonen der Stufen Primaschule und Kindergarten sind wegen Lohndiskriminierung beim Verwaltungsgericht eingegangen. Das Verwaltungsgericht hat die Klagen stichprobenmässig geprüft, ist aber nur auf die Klagen der Kindergärtner_innen eingetreten.

Typischer Frauenberuf

Der Aargauische Lehrerinnen und Lehrerverband (alv) hat nun hierzu einen wichtigen Sieg errungen. Das Bundesgericht ist auf eine Beschwerde des Verbandes eingetreten und hat festgelegt, dass es sich beim Primarlehrer_innenberuf um einen typischen Frauenberuf handelt. Basis für dieses Urteil sind die Statistiken des Kantons Aargau, die gezeigt haben, dass in den letzten Jahren über 80 Prozent aller Angestellten im Primarschulbereich Frauen waren. Damit klärt sich der Blick auf die Lohnunterschiede. Es ist nicht auszuschliessen, dass der Frauenmalus hier seinen Beitrag geleistet hat und die Primarlehrerinnen und Primarlehrer im Aargau aufgrund einer geschlechterspezifischen Diskriminierung weniger verdient haben. Welche Folgen dieses Urteil nun hat, ist noch unklar. Sicher ist aber die präventive Wirkung des Entscheids des Bundesgerichts, die

Das Geschlecht hat nach wie vor grossen Einfluss auf Lohnfragen.

sich hoffentlich auch auf künftige Lohneinstufungen auswirken wird und deutlich macht, dass das Geschlecht nach wie vor grossen Einfluss auf Lohnfragen hat.

Kein Schneckentempo, sondern Turbogang

Der Entscheid macht einmal mehr deutlich, dass geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung eine der grössten Herausforderungen für die Schweizer Wirtschaft bleibt und wir politische Lösungen für dieses Problem finden müssen. Eine aktuelle Publikation von Avenir Suisse macht deutlich, dass die Arbeitgeber hier noch viel nachzuholen haben. Denn der grösste neoliberale Think Tank der Schweiz behauptet darin, dass die geringen Löhne der Frauen auf deren Berufswahlverhalten zurückzuführen seien. Richtig erkannt

haben die Autoren der Studie zwar, dass die Berufswahl von Frauen stark mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammenhängt. Daraus ziehen sie aber die falschen Schlüsse, denn staatliche Interventionen werden abgelehnt. Aus meiner Sicht ist das fatal, denn nicht nur bei der Lohngleichheit, sondern auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wir auf Handlungsweisungen des Bundes angewiesen. Die Bemühungen für mehr Lohngleichheit in den letzten Jahrzehnten sollten gezeigt haben, dass wir ohne das Eingreifen auf Bundesebene nur im Schneckentempo vorankommen. Für Veränderungen ist es höchste Zeit, und ich hoffe, dass der Bundesrat in der neuen Legislatur endlich den Turbogang einlegt.

Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Gemeinderätin und Nationalrätin.

Nationalrätin Yvonne Feri zu Gast in eurer Sektion!

Mit Freude diskutiere ich mit euch eure Anliegen und Fragen. Ich kann euch über die Arbeit in Bern berichten, über wichtige Abstimmungen informieren oder Inputs zur Gemeindepolitik geben. Eure Anliegen und Gedanken sollen meine politische Arbeit mitgestalten.

Einfach ein Mail mit Terminanfrage schreiben! Ich freue mich darauf vorbeizukommen, zuzuhören, mitzureden, mit euch zu sein.

Herzlichst, Yvonne Feri

yvonne.feri@parl.ch / www.yvonneferi.ch



AGENDA

12. Januar, 19.30 Uhr, St. Josef-Stiftung Bremgarten, Badstrasse 4, 5620 Bremgarten
a. o. Parteitag, Apéro riche ab 18.30 Uhr.

19. Januar und 16. Februar: jeweils 18 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43
Geschäftsleitungssitzung der SP Kanton Aargau

2016 nur noch 8 Ausgaben links.ag

Die SP Schweiz hat beschlossen, aus Spargründen jährlich nur noch 8 statt wie bisher 9 Ausgaben von links.ch herauszugeben. Damit entfällt auch im Aargau eine Nummer. Redaktionsschlüsse und Erscheinungsdaten siehe <http://www.sp-aargau.ch/aktuell/agenda>.

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch
Erscheint 9 Mal pro Jahr, Auflage links.ag 3255
Redaktion: Katharina Kerrkatherr@katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe 30. November 2015
Redaktionsschluss nächste Ausgabe 18. Januar 2016
Erscheinen nächste Nummer 5. Februar 2016

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Elisabeth Burgener, Dieter Egli, Yvonne Feri, Katharina Kerr, Brigitte Ramseier (Fotos S. 10 f.), David Zehnder (Foto S. 9).